

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

13.08.2026

Ausschussbetreuender Fachbereich

Soziale Stadtentwicklung

Schriftführung

Claudia Große

Telefon-Nr.

02202-141570

Niederschrift

Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration
Sitzung am Dienstag, 23.06.2026

Sitzungsort

Rathaus Gladbach, Großer Sitzungssaal, Konrad-Adenauer-Platz 1, 51465 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:24 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender ACI Mitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 4 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 5 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse – öffentlicher Teil -**
- 6 Vorstellung der Antidiskriminierungsberatung**

0396/2026

- 7 Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit
und Integration der Stadt Bergisch Gladbach**

0394/2026

- 8 Sachstandsbericht aus dem Bereich der Geflüchteten und Obdachlosen**

0364/2026

- 9 Strategie zur Unterbringung geflüchteter Menschen**

0366/2026

- 10 Anträge der ACI Mitglieder**

- 11 Anfragen der ACI Mitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender ACI Mitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Tollh, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die 4. Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration in der elften Wahlperiode. Er stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Gürster wird vertreten durch Herrn Willnecker, Herr Kaul durch Herrn Schöpf und Herr Krasniqi durch Frau Hussein. Herr Yayla ist entschuldigt.

Herr Klein und Herr Samirae nehmen ab 17:02 Uhr (TOP 1) teil.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Farzanehfar äußert erneut, dass seine bereits in den vorherigen Sitzungen vorgebrachten Hinweise in der Niederschrift nicht aufgenommen wurden, obwohl er hierzu mehrere erläuternde E-Mails an verschiedene Stellen übermittelt hat. Er weist darauf hin, dass diese in der Niederschrift aus seiner Sicht keine ausreichende Berücksichtigung gefunden haben.

Frau Werker erklärt, dass es sich um zwei verschiedene Vorgänge handelt. Zum einen das Gesagte in der Niederschrift, zum anderen, die Beantwortungen seiner Fragen. Sie schlägt vor, dass Herr Farzanehfar die Passagen der Niederschrift, die aus seiner Sicht geändert werden sollen, mit einer eindeutigen Zuordnung und den gewünschten Änderungen erneut einreicht, um eine sachgerechte Prüfung zu ermöglichen.

Die Niederschrift der dritten Sitzung des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration vom 22.04.2026 – öffentlicher Teil – wird mit 6 Gegenstimmen genehmigt.

3. Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende hat keine Mitteilungen.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Muth informiert über den Stand der durchgeführten Interviews in Zusammenarbeit mit dem ISI „Institut für soziale Innovation“ und der Online-Befragung bei Fachkräften.

Es wurden 15 Interviews mit ganz verschiedenen Menschen geführt, daran haben ca. 54 Menschen teilgenommen. 39 Fachkräfte haben sich an der Online-Befragung beteiligt.

Die Ergebnisse werden im nächsten ACI vorgestellt.

Herr Dekker teilt mit, dass nach den Vorgesprächen in den Arbeitskreisen zum ASWDG beschlossen wurde, die Vorlage zu TOP 9 „Strategie zur Unterbringung geflüchteter Menschen“ in dieser Sitzung zurückzuziehen und sie in einer der nächsten Sitzungen einzubringen.

5. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse – öffentlicher Teil -

Herr Muth berichtet über die Durchführung der Qualifizierung. Es haben daran 14 Mitglieder teilgenommen.

Aus Sicht der Verwaltung ist die Qualifizierung inhaltlich und methodisch gut verlaufen. Das Miteinander der Teilnehmenden war auch konstruktiv.

6. Vorstellung der Antidiskriminierungsberatung

0396/2026

Frau Kall, Antidiskriminierungsstelle für den Rheinisch-Bergischer Kreis mit Sitz in Leichlingen, stellt anhand einer Power-Point Präsentation ihre Tätigkeit vor.

Sie erläutert, dass weitere Sprechzeiten auf den Rheinisch-Bergischen Kreis ausgedehnt werden sollen.

Frau Stauer erläutert die Problematik zum Einsatz von KI bei Auswahlverfahren für eine Arbeitsstelle. Auch besteht die Schwierigkeit, dass auf dem Arbeitsmarkt die Meldeadresse oder der Besuch einer gewissen Schule darüber mitentscheidet, wer zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen wird. Frau Kall sieht hier die Arbeitgeber in der Verantwortung, die entsprechend sensibilisiert sein müssten.

Herr Schöpf erkundigt sich nach Fallzahlen. Frau Kall informiert darüber, dass keine erhoben werden. Eine Quantifizierung sei schwierig, es gibt Fälle, die nur ein paar Stunden in Anspruch nehmen und andere, die über mehrere Monate einer Beratung bedürfen.

Frau Bagherzadeh fragt, ob Frau Kalls Einschätzung nach die Bezahlkarte diskriminierend sei. Frau Kall weist darauf hin, dass sich die Herausforderung zum Umgang mit der Bezahlkarte nicht nur für Bergisch Gladbach darstellt und daher auch auf dieser Ebene nicht geklärt werden kann.

Frau Aghazadeh möchte wissen, wie die Menschen zum Thema Antidiskriminierung informiert werden (z. B. Vorträge in den Schulen). Frau Kall erklärt, dass der Fokus darauf liegt, Beratungen anzubieten. Die Sensibilisierung liegt mehr im Aufgabenbereich von Integrationsagenturen.

Herr Farzanehfard spricht nochmal die Erhebung von Fallzahlen an. Er hält diese für sehr wichtig. Herr Schöpf pflichtet dem bei.

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

7. Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration der Stadt Bergisch Gladbach

0394/2026

Herr Klein stellt einen Antrag zur Geschäftsordnung, TOP 7 „Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration“ zu vertagen und darüber in der nächsten Sitzung abzustimmen.

Begründung: Es ist nicht klar ersichtlich, welche Änderungen zur vorherigen Geschäftsordnung vorgenommen wurden.

Herr Hildner stimmt dem zu und spricht sich auch für eine Vertagung aus. Er bittet darum, zur besseren Darstellung der Veränderungen zwischen der bisherigen und der neuen Geschäftsordnung eine Synopse zu erstellen.

Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration fasst einstimmig mit 4 Enthaltungen folgenden **Beschluss**:

Die Änderung der Geschäftsordnung für den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration wird vertagt und in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufgenommen.

Herr Schmitz verlässt 17:52 Uhr die Sitzung.

8. Sachstandsbericht aus dem Bereich der Geflüchteten und Obdachlosen
0364/2026

Zu den aktuellen Zahlen berichtet Frau Werker. Seit 01.06.2026 sind vier aufzunehmende Personen dazugekommen. Damit ist die Wohnsitzauflage mit einer Quote von 69,61 % und die Verteilquote FlüAG mit 91,45 % erfüllt.

Seitens der Arbeitskreise wurde die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, dass auf der Web-Seite der Bezirksregierung falsche Zahlen zu finden sind. Die aktuellen Zahlen wurden durch die Stadtverwaltung an die Bezirksregierung gemeldet. Wann diese aktuellen Zahlen veröffentlicht werden, kann nicht gesagt werden. Die Verwaltung wird dies im Blick haben.

9. Strategie zur Unterbringung geflüchteter Menschen
0366/2026

Die Vorlage „Strategie zur Unterbringung geflüchteter Menschen“ wurde als Tagesordnungspunkt zurückgezogen. Sie wird nach weiteren Abstimmungen in einer der nächsten Sitzungen wieder eingebracht.

10. Anträge der ACI Mitglieder

Es liegen keine Anträge vor.

11. Anfragen der ACI Mitglieder

Frau Khachatryan berichtet über die Unsicherheit vieler Betroffener hinsichtlich ihrer Perspektiven nach dem Auslaufen des § 24 Aufenthaltsgesetzes. Daher die Anfrage, ob es möglich wäre, Vertreterinnen und Vertreter der zuständigen Behörden, insbesondere der Ausländerbehörde, der Agentur für Arbeit und des Jobcenters, zu einer gemeinsamen Beratung im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration einzuladen, um frühzeitig über Perspektiven und Handlungsoptionen zu informieren.

Es soll auch geprüft werden, ob die Einrichtung einer behördenübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung der benannten Institutionen sowie von Vertretern der ukrainischen Kommunen sinnvoll und denkbar wäre. Herr Muth sagt zu, diese Anfragen schriftlich zu beantworten.

Herr Klein berichtet von einem Musterantrag des Landesintegrationsrates, durch den die Daten der Wahlberechtigten 2025 für die nächste Wahl dem Ausschuss für Chancengerechtigkeit und

Integration zur Verfügung gehalten werden sollen. Herr Tollih schlägt vor, dass dieser Musterantrag als Grundlage für einen entsprechenden Antrag in die nächste Sitzung eingebracht werden kann.

Herr Farzanehfar stellt die Anfrage, eine Bestandsaufnahme vorhandener Datenquellen (Daten, Berichte, Kennzahlen und Steuerungsinformationen) zum Thema Integration vorzunehmen. Es soll eine Arbeitsliste erstellt werden, die Handlungsfelder darstellt, welche kommunalen, kreisweiten und externen Stellen bereits Daten erheben und welche Daten regelmäßig erhoben werden sollten. Zudem soll eine Auflistung vorgelegt werden, welche dieser Informationen im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration bislang dargestellt werden und welche nicht. Sein Wunsch ist es, dass über eine Vielzahl von Quellen eine Liste erstellt wird, in der Handlungsfelder assoziiert werden, die zur Diskriminierung und strukturellen Benachteiligungen führen und durch Antidiskriminierungsarbeit bearbeitet werden könnten.

Herr Dekker erklärt, die schriftliche Beantwortung seiner Anfrage zur Bestandsaufnahme vorhandener Datenquellen wurde ihm zugesandt und wird auch der Niederschrift beigelegt.

Herr Farzanehfar fragt an, inwieweit Arbeitskreise gebildet werden können. Herr Muth erklärt, dass die Einrichtung eines Arbeitskreises durch den Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration erfolgt, nicht durch die Verwaltung. Der Ausschuss muss klären, ob er einen Arbeitskreis bilden möchte oder ob ein informelles Treffen stattfinden sollte.

Zur Gestaltung des Deutschen Platzes regt Herr Farzanehfar an, das Ehrenmal an einem würdigeren Platz aufzustellen und nicht unmittelbar neben einem Kinderspielplatz. Herr Dekker erklärt, dass es zur Gestaltung des Deutschen Platzes einen politischen Beschluss gibt und dieser die Gestaltung genauso vorsieht.

Frau Opiela fragt an, wie Doppelbezüge von Leistungen aus dem Asylrecht bzw. damit verbundene Rückzahlungen vermieden werden können. Die Verwaltung berät Personen, die Leistungen erhalten. Parallel dazu bilden sich Mitarbeitende aus dem Fachbereich Jugend und Soziales zur Benutzung „einfacher Sprache“ fort, um Dokumente aus dem Leistungsbezug anzupassen. Herr Dekker nimmt dies als Anregung in den Beirat des Jobcenters mit.

Herr Farzanehfar regt an, eine „Lange Tafel“ für einen gemeinsamen Austausch durchzuführen. Solche Projekte gibt es in anderen Städten auch. Die Verwaltung stellt fest, dass dies dann aber an die ganze Stadtgesellschaft zu richten ist und nicht allein eine Aufgabe des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration ist.

Es werden keine weiteren Anfragen gestellt.

Herr Tollih schließt um 18:17 Uhr den öffentlichen Teil.